

Jeno-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Rhodter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Postverlehandort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 191

Sonntag, den 12. Juli 1936

Jahrgang 1936

Risse in der französischen Volksfront.

Radikalsozialistische Blätter kritisieren die Regierung. — Die Macht des Gewerkschaftsverbandes wird lästigt.

Erhöhung der Metallpreise.

(1) Paris, 11. Juli.

Die Radikalsozialisten scheinen von den bisherigen Ergebnissen der Volksfront-Regierung immer weniger begeistert zu sein. Die beiden radikalsozialistischen Parteigänger, die „Ere Nouvelle“ und die „République“, bringen dies am Sonntagabend erneut zum Ausdruck.

Besonders scharf nimmt die „Ere Nouvelle“, das Blatt Ferriots, gegen die sozialen Maßnahmen der Regierung Stellung. Die Regierung, so schreibt das Blatt, habe erklärt, mit der Wiederbelebung der Wirtschaft beginnen zu wollen, um sowohl die Lage des Haushalts als auch die der Arbeiter zu bessern. Die ersten Maßnahmen, die sie ergreifen habe, brächen aber die Wirtschaft im Gegenteil in Gefahr und bedrohten sowohl die öffentlichen Finanzen als auch das Schicksal der Arbeiterklasse, der kleinen Arbeitgeber und Erzeuger und ebenso das der kleinen Kaufleute. Als unausbleibliche Folge dieser Maßnahmen laufe das Wert des sozialen Fortschritts, das man wahrscheinlich unter dem Druck der Ereignisse begonnen habe, gerade dem Ziel zuwider, das man sich gesteckt habe. Anstatt aufzubauen habe man sich zerkümmert, und jetzt heiße es wieder zusammenzukommen. Die Frage sei nur, ob dies ebenso leicht sei.

Die „République“ weist auf die Tätigkeit des marxistischen Gewerkschaftsverbandes hin und die Beunruhigung, die darüber in Regierungskreisen besteht. Während die Politiker bemüht gewesen seien, auf ideellem und materiellem Wege die Verteidigung der demokratischen Freiheit und die Reformen vorzubereiten, die geeignet seien, das Land von den Uebergriffen des Kapitalismus zu befreien, habe sich eine mächtige Bewegung durchgesetzt und aufgedrängt, die an Bedeutung das Wert der Politiker übersteige. Hieraus ergebe sich die geheime Beunruhigung der Regierung gegenüber den Wirren in den Fabriken. Es gebe heute nicht nur die aus den Wählern hervorgegangene Volksfront, sondern in erster Linie die gewerkschaftliche Bewegung, der gegenüber die politische Bewegung der Linken zu verblasen scheine. Der Gewerkschaftsführer Léon Jouhaux, der gestern bat, könne heute fordern. Man werde eines Tages vor einer Gewerkschaftsbewegung stehen, die sich nicht darauf beschränken werde, Reformen zu fordern, sondern für sich die Ehre in Anspruch nimmt, die wirtschaftliche Struktur umzuformen. Nur die Unwissenden würden dann überrascht sein.

Der sogenannte Ausschuss der Linken veröffentlicht eine lange Erklärung, in der er zunächst die Ausführungen des Innenministers über das zukünftige Vorgehen gegen die Beilehung von Betrieben durch Streikende billigt und die Arbeiter auffordert, nichts zu unternehmen, was zur Ergreifung von Zwangsmaßnahmen durch die Regierung führen könnte. Gleichzeitig fordert der Ausschuss die Regierung auf, auch die Arbeitgeber an die Verpflichtungen zu erinnern, die sie durch die Unterzeichnung des Abkommens im Ministerpräsidentium durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber übernommen haben. Da in gewissen Betrieben bereits wieder lebhaft Unzufriedenheit herrscht, weil sich die Arbeitgeber angeblich nicht an diese Verpflichtungen gehalten haben, findet im Laufe des heutigen Samstag unter dem Vorsitz des Innenministers eine Beilegung zwischen den Vertretern beider Parteien statt.

Wie „Journal Industrielle“ mitteilt, hat die französische Metallindustrie beschlossen, ihre Preise auf dem innerfranzösischen Markt um 12 bis 13 v. H. zu erhöhen. Diese Preissteigerung soll in engem Zusammenhang mit der Angleichung der Löhne und der Erhöhung der Kohlenpreise stehen. Sie trage jedoch noch nicht der Einführung der 40-Stundenwoche Rechnung, da dies erst ab 1. August der Fall sein werde.

Zusammenstöße in Avignon

DNB Paris, 11. Juli.

Der „Matin“ und einige andere Blätter veröffentlichten ausführliche Berichte über Zusammenstöße, die sich in Avignon zwischen Streikenden und Kauten ereignet haben. Danach hätten die Streikenden versucht, die Kauten zum Schließen ihrer Geschäfte zu veranlassen. Bei diesen Zusammenstößen, die sich vor allem bei einem Umzug der Kauten abspielten, gegen das Vorgehen der Streikenden protestierten, wurde ein Schaden von 100.000 Franc veranschlagt. Die kommunistische Partei scheint, wie

weiter berichtet wird, durch diese Zwischenfälle einigermaßen beunruhigt zu sein, denn sie veröffentlicht eine Erklärung, in der sie das Vorgehen der Streikenden verurteilt. Sie fordert ihre Anhänger auf, dafür zu sorgen, daß sich derartige Fälle nicht wiederholen, da sie nur dazu beitragen würden, eine Spaltung zwischen dem Mittelstand und der Arbeiterklasse herbeizuführen. Die Einigkeit dieser beiden Klassen habe erst den Sieg der Volksfront ermöglicht.

Generaldirektion für Elsass-Lothringen.

DNB Paris, 11. Juli.

Die Kammer hat mit 525 gegen 0 Stimmen den Nachtragshaushalt für Juni verabschiedet. Bei dieser Gelegenheit wurde auch ein Artikel angenommen, der die Wiedereinrichtung der sogenannten Generaldirektion für Elsass-Lothringen in Paris zum Gegenstand hat. Diese Stelle war unter der Regierung Laval aufgehoben worden.

Bei der Beratung dieses Artikels kam es zu Auseinandersetzungen persönlicher Art zwischen dem elssässischen sozialistischen Abgeordneten Grumbach, dem elssässischen Abgeordneten Koffe und dem elssässischen Abgeordneten Wallach. Der elssässische Abgeordnete Mourer beantragte, die wiederhergestellte Generaldirektion für Elsass-Lothringen möge ihren Sitz in Straßburg und nicht in Paris erhalten. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Schutzgesuch eines spanischen Pfarrers.

DNB Madrid, 11. Juli.

Der Ortsgeistliche von Lanjarón (Granada) hat bei dem Gouverneur um Schutz gegen die von links-

radikaler Seite gegen die Gläubigen gerichteten Drohungen ersucht. Die Durchführung religiöser Übungen sei stark gefährdet. Man habe versucht, die Kirche in Brand zu stecken, und sie dabei erheblich beschädigt. Der Bürgermeister habe das Glockenläuten stark eingeschränkt, und die Barmherzigen Schwestern haben den Ort wegen ständiger Drohungen verlassen müssen. Ferner habe die Stadtverwaltung kirchliches Eigentum beschlagnahmt und die Entfernung von Heiligenbildern auch in Privathäusern angeordnet.

Rücktritt Madariagas als spanischer Völkerbundsdelegierter.

DNB Madrid, 11. Juli.

Der spanische Vertreter in Genf Madariaga, hat am Freitag in Madrid seinen Rücktritt als Völkerbundsdelegierter erklärt.

Der Rücktritt erfolgt, wie sich aus einer schriftlichen Erklärung Madariagas ergibt, im Zusammenhang mit einer vor der letzten Genfer Tagung veröffentlichten Note über angebliche Vorfälle des spanischen Delegierten zur Völkerbundsreform. Diese Note ist jedoch nur das Protokoll über eine Beilegung mehrerer neutraler Staaten gewesen, zu dessen Abfassung Madariaga damals beauftragt worden war. Im Zusammenhang mit diesem förmlichen Akt als das Gegenstück des spanischen Delegierten ausgelegten Manifest wurden besonders in der spanischen Presse scharfe Angriffe gegen Madariaga gerichtet. Der Außenminister Garcia riefte sofort nach Bekanntwerden der Note von deren Inhalt ab und erklärte, daß die Regierung von dem Schritt Madariagas nichts gewußt habe. Die hierdurch hervorgerufene Bloßstellung des spanischen Völkerbundsdelegierten, die auch später durch eine berichtigende Erklärung Garcias nicht vollständig beseitigt werden konnte, hat nun seinen Rücktritt zur Folge gehabt.

Stahlbrücken geraten aus den Fugen.

Weiteres Ansteigen der Zahl der Todesopfer in USA.

DNB New York, 11. Juli.

Die Gluthitze, die seit mehreren Tagen über weiten Gebieten der Vereinigten Staaten lastet, hält unvermindert an. Die Zahl der Todesopfer ist inzwischen in den Staaten des Mittelwestens auf 307 gestiegen. In den Distrikten sind bisher 75 Todesfälle infolge Hitzeschlags, darunter etwa 20 allein in der Stadt New York zu beklagen.

Zahlreiche Stahlbrücken haben sich unter der Einwirkung der glühenden Sonnenstrahlen derart gedehnt, daß ihre Betriebssicherheit in Frage gestellt wurde und der Verkehr eingestellt werden mußte. Allein in New York mußten vier Stahlbrücken zwischen den Stadtteilen Manhattan und Har-

lem, bei denen die Ausdehnung der Stahlkonstruktion etwa vier Fuß betrug, für den Verkehr vorübergehend gesperrt werden.

In den von der Hitzewelle am meisten betroffenen Gebieten haben die Behörden und Geschäfte ihren Angestellten Sicherheitsferien bewilligt. Zur Rettung der Viehbestände sollen 50.000 Stück Vieh aus den Distrikten des Mittelwestens nach Weidplätzen im Westteil des Staates New York gebracht werden.

Hitzewelle auch in Ontario.

London, 11. Juli.

Wie aus Ottawa gemeldet wird, herrscht auch in der kanadischen Provinz Ontario ungewöhnlich hohe Hitze, die in vielen Bezirken ausgedehnte Waldbrände verursachte. Der Schaden an den Getreidebeständen ist sehr groß. Bisher sind der Hitzewelle 14 Menschen zum Opfer gefallen.

Abchiedsfeier der britischen Frontkämpfer in Hamburg.



Eine Ehrenabteilung des Reichskriegerbundes Kriehäuser war in Hamburg am Donnerstag aufmarschiert, um die britischen Frontkämpfer zum Abschied ihrer Deutschlandreise durch eine kleine Abschiedsfeier zu ehren. Neben den Fahmenträgern mit der britischen Flagge steht man der Führer der britischen Frontkämpfer, Generalmajor Baughan, (Mitte, links daneben).

Spaniens Garde mit dem Lackhelm.

E. M. Madrid, im Juli.

Allen Spanienreisenden fällt sofort eines auf: Da erscheinen im Straßenbild so eine Art Soldaten, die ganz merkwürdige an napoleonische Zeiten erinnernde, fast dreißigjährige Lackhelme tragen und auf der grauen Uniform leuchtend zitronengelbe Schulterriemen und Koppeln. Man fragt sich, welcher seltsamen Truppe diese Leute angehören mögen, die hier im Lande der verbindlichen leichten Form auch durch ihre stramm militärische Haltung auffallen. Aber der Spanientreffende, der nach ihnen schielt und dann und wann eine Photoaufnahme macht, erfährt im allgemeinen nicht sehr viel mehr, als daß es sich hier eben um eine Truppe namens Guardia Civil handelt. Ein Name freilich, dem er in den Zeitungsmeldungen schon wiederholt begegnet ist. Was ist diese Guardia Civil nun eigentlich?

Die Guardia Civil gehört weder zur Polizei noch zum Heer. Sie ist auch keine Militärruppe. Aber sie ist ein Organ des staatlichen Sicherheitsdienstes, das eine außerordentliche Stellung einnimmt und auf das keine Regierung seit der Gründung Mitte des vorigen Jahrhunderts verzichtet hat. Winder Gehorham, Fleiß des Gemeinheitsgefühls, Liebe zum Dienst, Ehrenhaftigkeit und bedingungsloser Einsatz sind Begriffe, die jedem Angehörigen dieser Truppe eine Selbstverständlichkeit sind. Und eine Organisation mit so strenger Berufsauffassung und Disziplin ist vielleicht gerade für Spanien eine Notwendigkeit. Das scheinen selbst die Sozialisten eingesehen haben, die vor Ausbruch der Republik immer die Auflösung der Zivilgarde verlangten. In der Zeit ihrer Machtbeteiligung stützten sie sich gerade auf diese Truppe. Wann kann ohne Uebertreibung behauptet werden, daß es ohne die Guardia Civil in Spanien oft schlecht bestellt gewesen wäre um den inneren Frieden und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

Wie bereits angedeutet, erfolgt die Ausbildung der Zivilgarde sowohl nach militärischen wie nach polizeilichen Grundsätzen. Der Eintritt in die Zivilgarde ist an ganz bestimmte Voraussetzungen gebunden, während bei allen anderen polizeilichen Organisationen lediglich Berufsbezeichnung und körperliche Eignung verlangt werden. Aufnahme finden in diese Truppe zunächst die Söhne verlorbener und im Dienste ungenommener Zivilgardisten, die dann in Internaten, die etwa unseren früheren Kadettenschulen entsprechen, in Zucht und Disziplin für ihr Amt vorbereitet werden. Mit dem abgeschlossenen 20. Lebensjahr wird dann der Bögling in der Truppe eingestuft. Außerdem werden Angehörige der Wehrmacht nach abgeschlossener dreijähriger Dienstzeit, also im Alter von 23 Jahren, wenn sie körperlich und geistig den gestellten Anforderungen entsprechen, in die Guardia Civil aufgenommen. Und schließlich können aktive Feldwebel, Unteroffiziere und Sergeanten in die Zivilgarde eintreten, wenn sie sich durch besondere Leistungen im Heere ausgezeichnet haben. Der innegehabte militärische Rang wird dann allerdings erst nach einer gewissen Uebergangszeit anerkannt. Das Offizierskorps wird zu einem Drittel aus der Wehrmacht gezogen, alle übrigen werden frei aus der lebenden Mannschaft ernannt. Die Truppe setzt sich aus 25.000 Mann zusammen. Dazu kommen ein Divisionsgeneral, fünf Brigadegeneräle, 28 Oberste, 74 Oberleutnants, 24 Majore, 317 Hauptleute, 552 Oberleutnants und noch 44 Leutnants. Die Charge des Leutnants gibt es künftig nicht mehr. Das Amt übernehmen die Feldwebel. Die 29 Regimenter der Guardia Civil verteilen sich auf das spanische Festland, auf die Balearen und die Kanarischen Inseln.

Die Mannschaft der Zivilgarde hat mit Ausnahme des „tercio mobil“, der beweglichen Brigade, die jeweils dort eingesetzt wird, wo die öffentliche Ruhe und Sicherheit besonders gefährdet ist, einen festen Stand. Aus wirtschaftlichen Erwägungen und auch, um die Gefahr zu vermeiden, daß durch den Dienst in der Truppe die Familie dem Verlust ihres Ernährers ausgesetzt wird, werden im tercio mobil ausschließlich Unverheiratete verwendet. Die vorgeschriebene Dienstleistung umfaßt acht Stunden, obgleich sich diese in Wirklichkeit wesentlich verlängert, ohne daß der Staat für diese Sonderleistung bezahlt. Der Zivilgardist ist streng genommen, immer im Dienst. Für ihn gibt es kein Privatleben, er muß Tag und Nacht in Bereitschaft sein. Er wohnt in Gemeinschaftshäusern und Kasernen, sein Anzug ist die Uniform. Sein Dasein ist ausgefüllt von der Pflicht, Gut und Leben der Bevölkerung zu schützen. Und von diesem Standpunkt des absoluten Einsatzes, also vom Leistungsprinzip, wird die Beförderungsforderung geregelt. Dienstjahre spielen keine Rolle. Besondere Taten, Beweise der Tapferkeit, heldenmütiges Vorgehen bei Unruhen usw. geben den Ausschlag für das Aufsteigen in höhere Dienstgrade. Aber auch die militärische Vergangenheit übt Einfluß auf die Beförderung aus.

„Auch in weiter
naler weiter, wir